

Universitäre Autonomie erfordert Governance, Leadership und Kommunikation

ExpertInnen aus Frankreich und Österreich diskutierten im Institut Français Anforderungen und Möglichkeiten eines modernen Universitätsmanagements

Wien, 14. Nov. 2014: „Das Zusammenwirken der Organe – Rektorat, Senat und Universitätsrat – untereinander und mit den nachgeordneten Ebenen ist wesentlich für eine gelingende Entwicklung der Universitäten und soll nicht Gegenstand einer gesetzlichen Regelung sein“, so der stellvertretende Vorsitzende des Rates für Forschung und Technologieentwicklung und ehemalige Rektor der Technischen Universität Wien, Univ.-Prof. Dr. Peter Skalicky. Gerade aber in der Kommunikation zwischen all diesen Ebenen ortet er Verbesserungspotenzial, das dringend genutzt werden muss. Damit nimmt Skalicky Bezug auf die Ergebnisse einer vom Forschungsrat beauftragten Studie betreffend „Governance und Managementstrukturen an österreichischen Universitäten“ und die dabei durchgeführten Online-Befragungen sowie die ergänzenden Interviews. Deren gemeinsamer Tenor war, dass Verbesserungen der Kommunikationskultur im Fokus jeder zukunftsorientierten Universitätsleitung stehen sollten. „Eine Verbesserung der Kommunikationskultur“, so Skalicky, „können und müssen die Universitäten im Rahmen ihrer Autonomie selbst erreichen. Sie sind dazu auch absolut in der Lage.“

Finanzielle Autonomie ohne budgetären Spielraum

In den zehn Jahren seit Implementierung des UG 2002 haben sich die Rahmenbedingungen für die Universitäten nicht gerade verbessert. Die enormen Steigerungen der Studierendenzahlen, die gleichzeitig nur geringe Zunahme an wissenschaftlichem Personal und die knapp bemessenen Budgets bedeuten letztlich nur wenig Spielraum für eigentlich notwendige Veränderungen – Stichwort: Forschungsinfrastruktur – angesichts des verstärkten nationalen und internationalen Wettbewerbs.

Nicht zuletzt mit den engen finanziellen Rahmenbedingungen zusammenhängend gibt es auch Handlungsbedarf im Bereich Personalentwicklung. „Eine mittel- oder gar langfristige Personalentwicklung findet an den Uni-

versitäten derzeit nicht oder nur sehr eingeschränkt statt“, so Forschungsratsmitglied und Präsentatorin der Studie, Dr.ⁱⁿ Gabriele Ambros.

Erfahrungen aus Frankreich

Auch in Frankreich erlangten die Universitäten 2007 mehr Unabhängigkeit und damit die Möglichkeit zu strategischem Management. Das „Gesetz zur Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen“ von 2013 erweiterte schließlich die pädagogische Autonomie, betonte die Rolle des Unternehmenssektors bei der universitären Ausrichtung, und verstärkte die Kooperationen zwischen den Universitäten. Für Jacques Fontanille, Professor an der Universität Limoges und ehemaliger Kabinettschef der französischen Ministerin für das Hochschulwesen, Geneviève Fioraso, sind damit neue Elemente eines „französischen Universitätsgesetzes für das 21. Jahrhundert“ im Entstehen.

Hintergrund

Mit dem 2002 beschlossenen Universitätsgesetz (UG 2002) wurden weite Teile des österreichischen Universitätsrechts neu geordnet. Vor allem die Entlassung der Universitäten in die Autonomie und die mit 1. Jänner 2004 wirksame Ausgliederung aus der Bundesverwaltung und Umwandlung der Universitäten zu juristischen Personen des öffentlichen Rechts bedeuten mehr Möglichkeiten, aber auch mehr Herausforderungen. Das Budget wird den Universitäten seither vom zuständigen Ministerium alle drei Jahre im Wege der Leistungsvereinbarungen zugeteilt. Gleichzeitig sieht das UG die Vorlage umfangreicher Berichte – vom Entwicklungsplan, dem Leistungsbericht, über die Wissensbilanz bis hin zum Rechnungsabschluss und die hochschulstatistische Datenmeldung – durch die Universitäten vor.

* * *

Die Ergebnisse der Studie „*Analyse der Governance- und Management-Strukturen an österreichischen Universitäten – im Lichte der Autonomie der Universitäten seit dem Universitätsgesetz 2002*“ (online abrufbar unter www.rat-fte.at) wurden heute präsentiert im Rahmen der Veranstaltung

„Governance und Management an Universitäten – Entwicklung von Strukturen für die Zukunft“

Palais Clam-Gallas, Währinger Straße 30, 1090 Wien

Präsentation der Studie: Gabriele Ambros (RFTE)
Keynotes: Christoph Badelt (WU Wien)
Jacques Fontanille (Universität Limoges)

Podiumsdiskussion mit Cyrille van Effenterre (französischer Botschaftsrat für Wissenschaft in London), Jacques Fontanille (Universität Limoges), Sabine Seidler (TU Wien) und Peter Skalicky (RFTE).

Rückfragehinweis:

DI Dr. Ludovit Garzik – Geschäftsführer des Rates für Forschung und Technologieentwicklung
Tel.: +43 (0)1 713 1414
E-Mail: l.garzik@rat-fte.at

Jean Luc Steffan – Attaché an der Französischen Botschaft in Österreich
Tel.: +43 (0)1 5027 5335
E-Mail: jean-luc.steffan@diplomatie.gouv.fr